

1 *Beschluss BAG Wirtschaft und Finanzen, 28.03.2010*

2 **Grüne Anforderungen an eine „Europäische Wirtschaftsregierung“**

3 Die Schuldenkrise Griechenlands hat sich zu einem ernsthaften Belastungstest der europäischen
4 Währungsunion ausgewachsen. Die Wahrnehmung der Schuldenkrise Griechenlands als isoliertes
5 Problem eines unverantwortlich handelnden Staates, sozusagen als eine griechische Krankheit, ist
6 brandgefährlich. Denn sie verdeckt die eigentlichen Probleme der Euro-Zone. Auch Spanien, Italien,
7 Portugal und Irland weisen eine besorgniserregende Entwicklung ihrer Staatsfinanzen auf und haben
8 bereits einen Großteil ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit verloren. In diesen fünf Ländern
9 leben etwa 40% der Bevölkerung der Eurozone. Man muss deswegen heute von einer Krise der
10 Eurozone sprechen.

11 Mit der unausgereiften Notlösung für Griechenlands Liquiditätsproblem hat der Europäische Rat
12 keines der tieferliegenden Probleme der Euro-Zone gelöst. Die Zukunft des Euros und damit die
13 Zukunft der Europäischen Union stehen weiter auf dem Spiel.

14 Diese Krise hat ihren Ursprung in den Fehlern, die bei der Einführung des Euros gemacht wurden. Sie
15 ist kein Unfall, sondern die Konsequenz aus den Konstruktionsfehlern der Europäischen
16 Währungsunion.

17 Mit der Einführung einer Währungsunion haben die Mitgliedsländer ihre eigenständige Geldpolitik
18 auf gegeben und den nominalen Wechselkurs als Anpassungsinstrument verloren. Deshalb ist es eine
19 stärkere Zusammenarbeit bei der Wirtschafts-, Fiskal- und Lohnpolitik zwingend. In der Geschichte ist
20 jede Währungsunion, die nicht von einer politischen Union begleitet wurde, zerbrochen. Diese
21 historische Lehre wurde bei der Einführung des Euros in den Wind geschlagen.

22 Als einziges Koordinierungsinstrument wurde der Wachstums- und Stabilitätspakt geschaffen, mit
23 dem verhindert werden sollte (und mehr schlecht als recht auch verhindert wurde), dass die
24 Mitgliedsländer fiskalpolitisch eine beggar-thy-neighbour Politik betreiben. Angebotsseitig, also z.B.
25 bei der Steuer- oder Lohnpolitik, wurde nichts unternommen, um solche Praktiken zu verhindern. So
26 war es Ländern möglich durch die Senkung von Löhnen oder eine aggressive Steuersenkungspolitik
27 ihre Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten anderer Länder der Eurozone zu verbessern. Ebenso wenig
28 wurden Vorkehrungen dafür getroffen, wie die Mitgliedsstaaten ohne eigene Geldpolitik ihre
29 Konjunkturzyklen stabilisieren sollten. So ist der Zinssatz der EZB lange Zeit für Deutschland
30 tendenziell zu hoch, für Spanien oder Griechenland jedoch deutlich zu niedrig gewesen. Dies hätte
31 durch die nationale Fiskal- oder Lohnpolitik ausgeglichen werden müssen. Doch das ist kaum
32 geschehen.

33 In der Folge sind innerhalb der Euro-Zone massive Ungleichgewichte entstanden, die früher oder
34 später zu einer Korrektur führen mussten. Während Spanien, Griechenland und einige andere Länder
35 über Jahre hinweg hohe Leistungsbilanzdefizite aufwiesen (sich also im Ausland verschuldeten) und
36 damit Teile ihres Booms finanzierten, hat Deutschland fast zehn Jahre lang massive
37 Leistungsbilanzüberschüsse eingefahren und damit seine Arbeitslosigkeit in die Partnerländer der
38 Eurozone „exportiert“.

39 Hinzu kommen die Probleme durch unverantwortliche Politiken in den Mitgliedsländern. Dazu gehört
40 die unverantwortliche Schuldenpolitik und die Vertuschung eben jener in Griechenland. Der
41 griechische Staat hat mit Klientelpolitik, Korruption, Steuerhinterziehung und einem aufgeblähten
42 öffentlichen Sektor die Staatsfinanzen ruiniert. Dazu gehört aber auch der exzessive Boom der
43 Bauindustrie in Spanien. Diese Verhaltensweisen konnten auf Dauer nicht nachhaltig sein – und wie

44 die Eurokrise zeigt, waren sie dies auch nicht. So gesehen ist Deutschland kein unschuldiges Opfer der
45 Eurozonen-Krise, sondern mitverantwortlich für diese.

46 **Mehr, nicht weniger Europa**

47 Mit der Krise der Euro-Zone steht nun erstmals ein zentraler Integrationsfortschritt Europas auf dem
48 Spiel. Wer nun wie Angela Merkel glaubt, es könne im Wesentlichen alles bleiben wie es ist, der setzt
49 nichts weniger als die Zukunft der Europäischen Union aufs Spiel. Für uns Grüne ist klar: die
50 Europäische Integration und der Euro sind historische Errungenschaften, die es zu verteidigen gilt.
51 Das geht nicht mit nationalen Egoismen, mit einseitigen Schuldzuweisungen oder einem Rückzug aus
52 Europa. Wenn wir diese Errungenschaften erhalten wollen, dann brauchen wir heute nicht weniger,
53 sondern mehr Europa. Die aktuelle Krise stellt uns vor eine klare Alternative: entweder wir vertiefen
54 die europäische Integration oder der Euro scheitert. Zehn Jahre nach der Gründung der EWU ist es
55 deshalb nun allerhöchste Zeit, die Währungsunion um eine politische Union zu ergänzen.

56 In diesem Sinne verstehen wir auch die derzeit stattfindende Debatte um das Konzept einer
57 Europäischen Wirtschaftsregierung. Denn damit wird auf den Punkt gebracht, dass eine
58 Währungsunion eigentlich nicht nur eine gemeinsame Zentralbank, sondern auch ein „europäisches
59 Finanzministerium“ bräuchte. Solange jedoch ein europäischer Bundesstaat eine politische Vision
60 bleibt, braucht es andere Wege, um die notwendige Zusammenarbeit bei der Wirtschafts-, Fiskal- und
61 Lohnpolitik herzustellen.

62 Deshalb ist es bei den Überlegungen über eine Europäische Wirtschaftsregierung oder eine „politische
63 Union“ wichtig, zuerst die Ziele zu definieren, die damit erreicht werden sollen. Eine europäische
64 Wirtschaftsregierung sollte generell eine nachhaltige, stabile wirtschaftliche Entwicklung in der EWU,
65 bzw. in der Europäischen Union verwirklichen. Sie sollte die soziale Kohäsion Europas und den
66 Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa befördern. Sie müsste „beggar-thy-neighbour“- und
67 „Freerider“- Politiken der Mitgliedsstaaten verhindern – und zwar nicht nur bei der Fiskalpolitik,
68 sondern ebenso bei der Lohn- und Steuerpolitik. Zudem sollte sie das Entstehen persistenter, hoher
69 Leistungsbilanzungleichgewichte verhindern und die Konjunkturzyklen der verschiedenen
70 Mitgliedsstaaten stabilisieren. Und sie sollte einen geregelten, solidarischen Umgang mit
71 hochverschuldeten Mitgliedsstaaten bieten, ohne sie aus der Verantwortung für eigene
72 Anpassungsmaßnahmen zu entlassen.

73 Dafür wird es vor dem Hintergrund der komplexen politischen Dynamiken innerhalb der EU und der
74 Vielfalt ihrer Institutionen keine einfache Lösung geben.

75 Klar ist, dass zuerst die neuen Spielräume genutzt werden müssen, die durch den Lissabon-Vertrag
76 geschaffen wurden. Artikel 121, bzw. Artikel 136 des Vertrages bieten einen Rahmen für die
77 wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Union, bzw. in der Euro-Zone. Mit dem
78 Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages wurde zudem der Europäische Rat zu einer primärrechtlich
79 verankerten Institution der Europäischen Union aufgewertet. Deshalb dürfen die Staats- und
80 Regierungschefs jetzt nicht aus der Verantwortung gelassen werden, dieses Gremium für eine engere
81 wirtschaftspolitische Koordinierung zu nutzen. Eine wichtige Rolle spielt auch die EU-Kommission
82 mit den „Broad economic Guidelines“. Zudem erhielt die Eurogruppe erstmals eine primärrechtliche
83 Grundlage. Damit steht auch für die Mitgliedsstaaten der EWU ein in den Verträgen verankertes
84 Gremium der wirtschaftspolitischen Koordination zur Verfügung.

85 Mit diesen Instrumenten müssen nun den Mitgliedsstaaten Vorgaben auch in den Bereichen gemacht
86 werden, die bisher in der Koordination tabuisiert wurden. Dazu gehören insbesondere die
87 Leistungsbilanzungleichgewichte, die Entwicklung der Lohnstückkosten und die Entwicklungen auf

88 den nationalen Finanzmärkten und im Bankensektor. Dabei müssen sowohl das europäische
89 Parlament, wie auch die nationalen Parlamente miteinbezogen werden.

90 Darüber hinaus werden mittel- und langfristig institutionelle Reformen notwendig sein. Bisher stehen
91 z.B. kaum Möglichkeiten zur Verfügung, Mitgliedsstaaten zu sanktionieren, wenn sie Vorgaben
92 wiederholt missachten, bzw. diese wurden nicht umgesetzt. Die Krise der Euro-Zone hat deutlich
93 gemacht, dass auch mit dem Vertrag von Lissabon das Ende des europäischen Integrationsprozesses
94 nicht erreicht ist. Das heißt mitunter auch, dass die EU mehr Kompetenzen von den Mitgliedsstaaten
95 bekommen muss. Allein das Schlagwort von mehr Koordinierung reicht nicht aus. Einige Bausteine
96 dafür könnten sein:

- 97 - Aufnahme des Ziels eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in den Stabilitäts- und
98 Wachstumspakt: Dies würde die einzelnen Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung einer
99 nachhaltigen Leistungsbilanz (z.B. Begrenzung der Überschüsse, bzw. Defizite auf max. 3
100 Prozent des BIP) verpflichten. Ein dauerhaftes Fehlverhalten müsste sanktioniert werden. Ein
101 solcher Pakt würde Anreize für die Mitgliedsländer setzen sich um die Einhaltung einer
102 gemeinsamen lohnpolitischen Regel, nämlich sich bei den Lohnzuwächsen an der
103 Produktivitätssteigerung und der erwarteten Inflation auszurichten, zu bemühen. Kann oder will
104 sich ein Land darauf jedoch nicht einlassen, kann es jedoch auch durch entsprechende
105 fiskalpolitische Maßnahmen reagieren. Notwendig wären zudem effektivere Überwachungs-
106 und Frühwarnregime für zentrale makroökonomische Größen. Außerdem muss der Stabilitäts-
107 und Wachstumspakt überarbeitet werden, sowohl im Sinne einer wirklich praktizierten
108 Verbindlichkeit als auch in der Frage einer besseren Berücksichtigung der konjunkturellen
109 Schwankungen.
- 110 - eine Erhöhung des EU-Budgets. Dieses sollte zudem zukünftig stärker durch eigene
111 Einnahmen der EU finanziert werden sollte (europäische Steuern, z.B.
112 Finanztransaktionssteuer, CO₂-Steuern oder Kerosinsteuer). Mit diesen Maßnahmen würden
113 einerseits die Unterschiede in den Konjunkturzyklen der Mitgliedsstaaten ausgeglichen.
114 Zudem ständen Mittel bereit, um im Sinne des Grünen New Deal Investitionen, gerade in den
115 wirtschaftlich schwächeren Regionen, zu finanzieren. Strukturschwache Regionen brauchen
116 mehr Unterstützung, nicht weniger.
- 117
- 118 - Die Vereinbarungen europaweit einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze,
119 vor allem bei den Unternehmenssteuern und bei ökologischen Steuern. Damit würde die
120 Steuerkonkurrenz der EU-Staaten durch eine Steuerkooperation abgelöst.
- 121
- 122 - Eine europäische Lösung für den Umgang mit Staaten mit Liquiditäts- oder
123 Überschuldungsproblemen: An erster Stelle muss die konsequente Anwendung und
124 Überwachung der Defizitregeln stehen. Hochverschuldete Staaten, wie jetzt Griechenland,
125 müssen eine harte Anpassung vornehmen. Wenn sie sich dazu jedoch glaubwürdig
126 verpflichten, haben sie europäische Solidarität verdient. Dazu braucht die EU eigene
127 Instrumente. Beiträge dazu könnten ein einzelfallorientiertes Entschuldungsverfahren sein, das
128 Schuldner wie Gläubiger in die Pflicht nimmt, oder eine Gründung eines Europäischen
129 Währungsfonds.

130

131 **Solidarisch und nachhaltig aus der Krise**

132 Die aktuelle Krise kann Europa nur gemeinsam überwinden. Dabei ist nicht nur entscheidend, ob die
133 Wirtschaftspolitik besser koordiniert wird, sondern auch welcher Kurs eingeschlagen wird.

134 Bei der Frage einer verantwortlichen Haushaltskonsolidierung müssen sich die Mitgliedsstaaten auf
135 eine einheitliche Strategie verständigen, da hier die nationalen Entscheidungen auch Konsequenzen für
136 die anderen Mitgliedsstaaten haben. Wenn jetzt alle Länder, obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise
137 längst nicht überwunden ist, (teils auf Druck der EU-Kommission) harte Sparprogramme auflegen, so
138 droht eine Verlängerung der Stagnationsphase. Deshalb braucht es eine koordinierte, solidarische
139 Haushaltskonsolidierung als eine Basis für ein nachhaltige europäisches Wirtschafts- und
140 Sozialmodell. Diese muss verbindliche Reduktionspfade für die öffentlichen Schulden vorschreiben,
141 die aber auf die konjunkturelle, ökologische und soziale Entwicklung Rücksicht nehmen. Sie muss
142 zugleich diejenigen an den Kosten der Krise beteiligen, die vom Wachstumsmodell des letzten
143 Jahrzehnts besonders profitiert haben. Und sie sollte nach Möglichkeit den ökologischen Umbau der
144 Wirtschaft befördern. Deshalb sollten drei Instrumente bei der Haushaltskonsolidierung innerhalb der
145 EU eine zentrale Rolle einnehmen: eine Finanztransaktionssteuer, die Streichung umweltschädlicher
146 Subventionen und die EU-weite Erhöhung ökologischer Steuern, sowie Abgaben oder Steuern auf
147 Vermögen.

148 Wir brauchen vor allem aber auch eine neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in der EU und in ihren
149 Mitgliedsstaaten. Dieser Anforderung wird die EU 2020 Strategie bisher nicht gerecht. Ihr Ziele und
150 Maßnahmen sind unvollständig und unambitioniert, zudem wird wenig getan, um die Umsetzung im
151 Vergleich zur Lissabon-Strategie effektiver und verbindlicher zu machen. Wir Grüne wollen die
152 Europäische Union zum Vorreiter der grünen Transformation im 21. Jahrhundert machen. Die
153 wirtschaftliche Dynamik der nächsten Jahre muss sich gründen auf dem ökologischen Umbau des
154 Wirtschaftssystems, auf der Stärkung der Kaufkraft vor allem von kleinen und mittleren Einkommen
155 und der Aufwertung sozialer Dienstleistungen und dem Aufbau von Beschäftigung. Deshalb dürfen in
156 der gemeinsamen Strategie Europa 2020 die Ideen für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit nicht nur in
157 den Überschriften stehen. In allen Bereichen der Strategie müssen konkrete Ziele festgesetzt werden.
158 Wir wollen Indikatoren, an denen kontinuierlich gemessen werden kann, ob Ziele wie Umweltschutz,
159 Ressourceneffizienz, Bekämpfung der Armut und Chancengleichheit erreicht werden. Ein dauerhaftes
160 Verfehlen der Ziele muss für das jeweilige Land Konsequenzen haben.

161